

Neuer Kalter Krieg – alter Kalter Krieg?

KARL WIMMLER

Die Entwicklung der politischen Weltlage hat in den letzten Monaten und Jahren dazu geführt, dass von verschiedener Seite vermehrt von einem neuen „Kalten Krieg“ gesprochen wird, manchmal die Gefahren beschwörend, nicht selten aber auch kriegsgeil genüsslich. Die Analogie wird davon abgeleitet, dass die „neue“ Konfrontation wie die „alte“ aus „West“ gegen „Ost“ oder umgekehrt bestünde. Es stellt sich allerdings die Frage, ob hier tatsächlich eine Neuauflage eines alten Phänomens vorliegt – weshalb es angezeigt ist, zunächst einmal einen Blick darauf zu werfen, worin der alte „Kalte Krieg“ bestand. Dabei finde ich es bemerkenswert, dass bereits in den 1960er Jahren diese Thematik aus einem Blickwinkel betrachtet wurde, der damals zwar unter SozialistInnen und KommunistInnen verbreitet, wenn auch nicht dominierend war, jedenfalls aber heute vergessen scheint. Dies spiegelt nicht zuletzt das damals nicht wenig beachtete, nun von mir wieder zu Rate gezogene zweibändige Werk des US-Publizisten David Horowitz „Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam“ wider, das in den 1960er Jahren in englischer Sprache und 1969 in zwei Bänden auf Deutsch erschien (Verlag Klaus Wagenbach, Berlin).¹ Dass dieser Autor, damals Direktor des *Bertrand Russell Center for Social Research*, sich in den Jahrzehnten danach vom linken AktivistIn und Forscher zu einem konservativen, ja offenbar (folgt man Wikipedia) reaktionären Propagandisten der US-Politik entwickelt hat, tut hier nichts zur Sache, zumal es in erster Linie um das Material geht, das Horowitz zusammengetragen hat. Es erlaubt ein Urteil, ohne alle seither von verschiedenen AutorInnen erschienenen Studien zu diesem Thema einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Das gängige westliche Narrativ über den Kalten Krieg lautet etwa so: Die Sowjetunion habe nach dem Zweiten Weltkrieg aggressiv ihre Einflusssphäre in alle Richtungen hin ausgedehnt und versucht, ihre kommunistische Ideologie anderen Staaten und Völkern auch gewaltsam aufzuzwingen. Das habe insbesondere in Europa zu einer Teilung des Kontinents entlang eines sowjetkommunistisch verantwortenden „Eisernen Vorhangs“ geführt, der den Staaten und

Völkern östlich davon „die Freiheit raubte“. Der Westen unter der Führung der USA sei dem von Anbeginn an als Anwalt der Freiheit entgegengetreten. Er bremste den sowjetischen Expansionismus zunächst durch die Alleinverfügung über die Atombombe, in der Folge durch entsprechende Rüstungsanstrengungen sowie wirtschaftliche Überlegenheit. Zudem habe er in Westeuropa, aber auch darüber hinaus einen beharrlichen Kampf gegen die Ausbreitung des Kommunismus, manchmal auch „Rollback“-Politik genannt, geführt.

Ist an dieser Erzählung etwas dran? Im Mai 1965 hielt der Historiker, Antistalinist, Gegner der Politik der Kommunistischen Parteien sowie Stalin- und Trotzki-Biograf Isaac Deutscher an der US-Universität von Berkeley eine Rede, die unter dem Titel „Die Mythen des Kalten Krieges“ 1969 auf Deutsch erschien – in einem Sammelband, der ebenfalls von David Horowitz herausgegeben wurde.² Deutscher begann so: „Nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich die Westmächte auf eine Zurücknahme von Bündnissen, auf den großen Konflikt mit ihrem früheren sowjetischen Verbündeten eingelassen hatten, sprach man gewöhnlich von zwei Kolossen, dem amerikanischen und dem russischen, die sich über ein Machtvakuum hinweg feindselig anstarrten. [...] Was [...] die Regierungen nicht sagten, war, daß einer dieser zwei Kolosse – der amerikanische – aus dem Zweiten Weltkrieg in voller Kraft und Stärke und unendlich reich hervorgegangen war; verglichen mit den anderen Alliierten hatte er kaum Verluste erlitten, hatte bloß einen Kratzer auf seiner Haut; wogegen der andere Koloss, der russische, fast kraftlos daniederlag und aus zahllosen Wunden blutete. Und diesem fast zerschmetterten, ausgebluteten Koloss wurde unterstellt, eine bedeutende militärische Bedrohung Europas zu beabsichtigen – mit einer Invasion Europas zu drohen. Dieser Koloss, Russland, verlor im letzten Krieg über 20 Millionen Menschen. Als in der Sowjetunion die erste Volkszählung nach dem Krieg durchgeführt wurde, stellte sich heraus, dass es in den Altersgruppen, die am Ende des Krieges älter als 18 Jahre waren – das heißt, die ganze erwachsene Bevölkerung der Sowjetunion – nur 31 Millionen Männer im Vergleich zu 53 Millio-

nen Frauen gab. Über Jahre hinweg bestellten nur alte Männer, Krüppel, Kinder und Frauen die Felder. Alte Frauen mussten mit bloßen Händen die riesigen Schuttmassen ihrer zerstörten Städte wegräumen. Und dieser Nation, die 20 Millionen Menschen verloren hatte – und man bedenke nur, wie viele der am Leben gebliebenen 31 Millionen Krüppel, Invaliden und Verwundete aus dem Weltkrieg und wie viele alte Männer waren – dieser Nation mit einem so furchtbaren, so riesigen Bevölkerungsdefizit, dieser Nation, der eine ganze Generation verlorengegangen war, dieser Nation wurde unterstellt, durch sie drohe Europa eine Invasion. [...] Darüber hinaus hatten die Russen vom Ende des Krieges an bis zur Proklamation der Truman-Doktrin 1947 ihre Armeen so schnell demobilisiert, dass sie von elfeinhalb Millionen Menschen am Ende des Krieges auf weniger als drei Millionen reduziert wurden. Erst nach der Formation der NATO begann die Remobilisierung wieder, aber es gab bezüglich der Anzahl der zu Mobilisierenden solche Schwierigkeiten, dass im Verlauf der nächsten drei bis vier Jahre nicht mehr als zusätzlich zwei Millionen zu den Waffen gerufen wurden. Natürlich konnte Russland – sogar wenn wir aus den zynischsten Beweggründen heraus argumentieren wollten, sogar wenn wir behaupteten, dass das Land die bösesten Regierenden hatte – natürlich konnte Russland in dieser Situation niemanden bedrohen.“

Soweit Isaac Deutscher am Beginn seiner Rede im Jahr 1965 in den USA. Und mit einer solchen Beurteilung stand Deutscher keineswegs allein, im Gegenteil, die führenden Strategen der USA dachten kaum anders. George Kennan, der bis 1946 US-Botschaftsrat und Gesandter in Moskau war und danach Leiter des außenpolitischen Planungsstabes der US-Administration wurde, bekannte 1958: „Ich war nie der Meinung, daß die Sowjetunion zu irgendeinem Zeitpunkt seit 1945 einen allgemeinen Weltkrieg herbeiwünschte oder daß sie aus irgendeinem vernünftigen Grunde geneigt gewesen wäre, einen solchen Krieg zu beginnen, selbst wenn die Atombombe nie erfunden worden wäre. Mit anderen Worten, ich glaube nicht, daß es unser Besitz der Atombombe war, der die Russen daran hinderte, Europa 1948 oder zu

irgendeinem anderen Zeitpunkt zu überrennen.“³ Und 1965 erklärte derselbe Kennan: „Es war jedem mit auch nur spärlichem Wissen über das Rußland dieser Tage vollkommen klar, dass die sowjetischen Führer keineswegs beabsichtigten, ihre Angelegenheiten durch militärische Angriffe über die Grenzen hinweg voranzutreiben.“ Und: „Indem man die NATO schuf [...] hatte man willkürlich eine Grenze durch Europa gezogen, gegen einen Angriff, den niemand plante.“⁴

„Sowjetischer Expansionismus“ als Propagandakonstruktion

Mit dem „sowjetischen Expansionismus“ hatte es daher eine ganz andere Bewandnis. Die Kräfteverhältnisse insbesondere in Europa hatten wenig mit einem „expansiven Kommunismus“ zu tun, sondern waren schlicht das Ergebnis des Bündnisses zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion zur Niederrichtung des Hitlerfaschismus, das im wesentlichen in den Verhandlungen von Jalta und Teheran festgeschrieben wurde. Bekanntlich wurde das westliche Europa dem Kapitalismus und den Westmächten zugeschlagen, und in Osteuropa sollte die Sowjetunion, wie Churchill selbst vorschlug, eine 90-prozentige Vorherrschaft ausüben. In Griechenland sollte Britannien eine 90-prozentige Vorherrschaft erhalten (weshalb sich Stalin im griechischen Bürgerkrieg daran hielt und eine sowjetische Hilfe auf Seiten der Kommunisten ausblieb). Die „Haltung der britischen und amerikanischen besitzenden Klassen“, so Deutscher weiter, hatte „etwas sehr Widersprüchliches. Sie überließen Osteuropa [...] ihrem Klassenfeind. Nach dem Krieg stellten sie genauere Überlegungen an; nach dem Krieg wollten sie es zurückhaben. Das war die Politik der Eindämmung.“ Wobei die „Eindämmung“ letztlich auf das Auseinanderbrechen der Sowjetunion setzte, wie David Horowitz feststellte: „Der Begriff der Eindämmung, d.h. die Einkreisung der größten Landmasse auf der Erde durch militärische, politische und wirtschaftliche Bastionen, gründete sich auf die Voraussetzung eines unmittelbaren Zerfalls des sowjetischen Staates. Dieses Bild von einem labilen kommunistischen Russland war verantwortlich für die neue militärische Metaphysik, die während der Nachkriegsjahre in der politischen Leitung die Oberhand gewonnen hatte.“⁵

Nun ist dies aber lediglich der – hier sehr kursorische – Blick auf Europa.



Die Konferenz von Jalta (auf der Krim) im Februar 1945 als Ausdruck der Anti-Hitler-Koalition (vorne v.l.): der britische Premier Winston Churchill, US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der sowjetische Regierungschef Josef Stalin.

Dieser blendet aus, dass sich die Herrschaftsweise im sowjetischen Einflussbereich bald unvergleichlich stark auf expandierende Geheimdienstorganisationen stützte und den Bevölkerungen erheblichen staatlichen und parteipolitischen Druck auferlegte. Im Vergleich dazu funktionierte die Absicherung des Kapitalismus in den meisten Ländern Westeuropas mit subtileren Herrschaftsformen. Der Kalte Krieg war aber mehr und von weitaus umfangreicheren Konflikten bestimmt als von der Konfrontation der beiden nach dem Zweiten Weltkrieg verbliebenen Hauptmächte der Weltpolitik auf europäischem Boden. Der Weltkrieg hatte – in ungleich massiverer Weise als der Erste – tatsächlich die ganze Welt in den Strudel der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen gezogen. Das britische Weltreich war dauerhaft geschwächt und auch das französische Imperium wankte. Zugleich erhoben sich in der bald so bezeichneten „Dritten Welt“ die unterschiedlichsten Kräfte, die um eine eigenständige Entwicklung zugunsten ihrer Völker und unterdrückten Klassen rangen.

Nun ist das westliche Narrativ zu diesem Prozess auf seltsame (oder soll man sagen: typische?) Weise schwammig. Bei Wikipedia beispielsweise klingt dies so: „Unter Dekolonisation werden die Ablösungsprozesse verstanden, die zum Ende einer kolonialen Herrschaft führen,

sowie die dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit folgenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen. [...] Neben den Ablösungsprozessen der Kolonien von ihren Kolonialmächten umfasst der Begriff der ‚Dekolonisation‘ auch die gesellschaftlichen und kulturellen Dimensionen innerhalb der kolonisierten Völker und Staaten sowie die globalen Veränderungen auf der Ebene von Weltwirtschaft und Weltpolitik. Insgesamt schließt ‚Dekolonisation‘ damit drei Ebenen ein, die sich gegenseitig beeinflussen: Kolonialmacht, Kolonie und weltpolitische Entwicklung. Der Zweite Weltkrieg war der wichtigste Katalysator einer weltweiten Dekolonisierung, in der Indien (1947), Indonesien (1949) und später die Kolonien in Afrika ihre Selbstständigkeit erlangten.“⁶

Was hier als unverfängliche „Ablösungsprozesse“ bezeichnet wird, waren in aller Regel Befreiungskämpfe, die nicht selten mit militärischen Mitteln geführt wurden und teilweise auch Teil des Zweiten Weltkriegs waren, am offensichtlichsten in China, das sich bereits vor dem Weltkrieg gegen den späteren Nazi-Alliierten Japan zu erheben begonnen hatte. Und die „Dekolonisierung“ ging natürlich nicht „mit freundlicher Unterstützung“ einer der Westmächte vor sich, sondern musste diesen mühsam und unter bis heute spürbaren Opfern abgerungen werden. Deshalb brauchte es eine tiefgehend wirksame zweite west-



Der Premierminister des Kongo Patrice Lumumba (li.), hier im Juli 1960 mit UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, wurde 1961 über Auftrag der CIA ermordet.

liche Erzählung über diesen Prozess. Die Propaganda vom „Expansionsstreben des Weltkommunismus“, das zuvörderst von der Sowjetunion betrieben worden sein soll, machte sich nun auf allen Kontinenten bemerkbar.

Antikoloniale Befreiung und Sozialismus

Dabei hatte diese „Expansion“ wenig mit der Sowjetunion zu tun. Und mit „Kommunismus“ nur insofern, als sämtliche Befreiungsbemühungen abhängiger Länder und in abhängigen Ländern sich einer gegen den kapitalistischen Imperialismus richtenden Sprache und Argumentation bedienen und sich damit irgendwann, aber nicht in jedem Fall, auf sozialistische und kommunistische Argumente zu stützen begannen. Es waren auch nicht Stalin oder Mao Zedong, sondern der indische Premierminister Jawaharlal Nehru, der alles andere als eine Moskauer Marionette war, der gesagt hat: „Unweigerlich stoßen wir auf die einzig mögliche Lösung – die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, zunächst innerhalb der nationalen Grenzen und schließlich in der Welt als Ganzes, mit kontrollierter Produktion und Besitzverteilung zum Wohle des Volkes. [...] Es ist klar, dass das Wohl eines Volkes oder der ganzen Menschheit nicht aufgehoben werden darf, nur weil einige Völker, die von der bestehenden Gesellschaftsordnung profitieren, gegen eine Veränderung sind. Falls politische oder gesellschaftliche Institutio-

nen einer solchen Veränderung im Wege stehen, müssen sie beseitigt werden.“⁷

Vergleichbare Aussagen machten auch andere nicht-kommunistische Führer von Unabhängigkeitsbewegungen der Kolonialländer, in Afrika beispielsweise Tansanias Julius Nyerere. Und es ist heute kaum noch im Bewusstsein linker, sozialistischer BefreiungsanhängerInnen wie es von deren GegnerInnen beharrlich unterschlagen wird, dass der kubanische Revolutionsführer Fidel Castro (z.B. am 21. Mai

1959) öffentlich folgendermaßen urteilte: „Das große Problem, dem sich die Welt gegenübersteht, ist, dass sie wählen muss zwischen dem Kapitalismus, unter dem die Menschen Not leiden, und dem Kommunismus, der zwar wirtschaftliche Probleme löst, aber die vom Menschen hoch geschätzten Freiheiten unterdrückt. Sowohl Kubaner als auch alle anderen Lateinamerikaner unterstützen eine Revolution, die ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen vermag, ohne jedoch diese Freiheiten zu opfern.“⁸ Und bekanntlich haben Kommunisten in den ersten Jahren der kubanischen Revolution kaum eine Rolle gespielt. Deshalb stand für die damaligen linken Herausgeber der *US-Monthly Review*, Leo Huberman und Paul M. Sweezy, fest: „Von dem Augenblick an, als es den amerikanischen Politikern klar war, dass Fidel Castro entschlossen war, eine echte soziale Revolution durchzuführen, wurde es das oberste Ziel der amerikanischen Politik, seine Regierung zu stürzen.“⁹

Dabei soll keinesfalls unter den Tisch fallen, dass es natürlich sehr wohl Befreiungsbewegungen gab, in denen kommunistische Parteien eine bedeutende Rolle spielten. Nur waren sie dort in ungleich geringerem Maße als in Europa an die Politik der Sowjetunion angebunden. So war beispielsweise die indonesische KP zu Beginn der 1960er Jahre als vergleichsweise autonome Kraft die größte KP außerhalb der Sowjetunion und Chinas (und wurde nach dem CIA-inszenierten Putsch 1965 gegen den KP-unter-

stützten, aber nichtkommunistischen ersten Präsidenten Sukarno durch ein ungeheures Massaker an etwa einer Million von Mitgliedern praktisch, ja physisch vernichtet). Allerdings ist mit Eric Hobsbawm zu bedenken, dass „alle Staaten der Dritten Welt, ganz unabhängig von ihren konstitutionellen und politischen Bindungen, einen Hang zu Militäregimen oder zumindest die Tendenz, sich von Zeit zu Zeit dem Militär zu überlassen“, hatten.¹⁰ Dass er dies unter anderem auf deren „fehlende geschichtliche Legitimität“ zurückführt, erscheint mir insofern problematisch, als damit indirekt eine „Legitimität“ der Kolonialregime im Raum steht. Richtig ist, dass die neue Staatlichkeit vieler Länder der „Dritten Welt“ fragil und durch die fortgesetzte imperiale Politik vergleichsweise leicht erschütterbar war.

War die Denunzierung der Sowjetunion als „Reich des Bösen“ (Ronald Reagan 1983) noch Mitte der 1980er Jahre ohne jeden realen Hintergrund und also nur der US-Propagandamaschinerie geschuldet? Das wäre zu kurz gedacht. Denn die Revolutionen in der „Dritten Welt“ bedrohten nicht nur überall Interessen der USA, ihrer Konzerne und der absteigenden Verbündeten Frankreich und Großbritannien, wobei die Einfluss- und Kolonialgebiete der Letzteren bekanntlich auf weite Strecken in den Bereich des US-Imperiums übergingen. Sie suchten (und fanden manchmal, besonders in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg) Schutz und vorsichtige, hauptsächlich diplomatische Unterstützung beim Hauptantagonisten der US-Politik im Weltmaßstab, der Sowjetunion. Und unabhängig vom Willen der Sowjetunion oder deren Verfolgung eigener Interessen – ihre „bloße Existenz schuf im Süden Spielräume für größere Bewegungsfreiheit und öffnete weltweit den Weg zur Blockfreiheit, die, so befürchtete man in den USA, den Westen seiner Kontrolle über die Regionen, die ihm bisher Privilegien und Macht verschafft hatten, berauben könnte“.¹¹

Darüber hinaus: „Und zu keiner anderen Zeit machte dieses [sowjetische] Modell mehr Eindruck als in den Jahren nach 1945.“¹² Zugleich machte beispielsweise der mexikanische Staatspräsident und Castro-Gegner López Mateos „die USA dafür verantwortlich, Fidel Castro in das kommunistische Lager gedrängt zu haben“.¹³ In seiner Vorbemerkung zum Band „Strategien der Konterrevolution“ fasst der britische Philosoph, Religionskritiker und Mathematiker Bertrand



Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht am 17. April 1961.

Russel den allgemeinen Sachverhalt so zusammen: „Im Kalten Krieg gibt es eine wesentliche Einheit, die Wirtschafts- und Außenpolitik der USA. Diese Einheit wird durch die ständige Suche nach Märkten und Rohmaterialien geschaffen, auch indem ein großer Teil der Weltbevölkerung in Armut gehalten und die militärische Macht der USA in Dutzenden von Ländern dazu benützt wird, die Interessen des amerikanischen Kapitals zu schützen und die zu vernichten, die es wagen, Widerstand zu leisten.“

Die Expansion des US-Imperiums

Die Liste jener Regionen und Länder außerhalb Europas, in denen sich die USA insbesondere seit den 1950er Jahren ökonomisch, politisch oder militärisch eingemischt haben, ist bekanntlich lang. Alles aufzuzählen, ist hier nicht der Platz. Heute pfeifen über manche „Interventionen“ Schwärme von Spatzen Wahrheiten von den Dächern, die zur Zeit der Ereignisse als bösartige Verschwörungstheorien abgetan wurden. Manches Pfeifen ist zuweilen derart laut, dass beispielsweise US-Präsident Obama kurz nach seinem Amtsantritt in einem Vortrag am 4. Juni 2009 an der Universität in Kairo die Rolle der USA beim Sturz des iranischen Präsidenten Mossadegh (1953) ansprach und generös einzuräumen meinte: „Mitten im Kalten Krieg spielten die Vereinigten Staaten beim Sturz einer demokratisch gewählten iranischen Regierung eine Rolle“. ¹⁴

Derartige „Rollen“ wurden seit diesem Putsch nahezu pausenlos gespielt: Verhinderung der Wahl Ho Chi Minhs zum Präsidenten Gesamtvietnams nach dem Abzug Frankreichs, Sturz und Ermordung des ersten gewählten Ministerpräsidenten des Kongo, Patrice Lumumba,

oder Unterstützung bzw. Organisierung von sieben Militärputschen allein in der kurzen Amtszeit John F. Kennedys (El Salvador, Argentinien, Peru, Guatemala, Ecuador, Dominikanische Republik und Honduras). Und so weiter. Die Gründe für diese Interventionen und Putsche waren im Prinzip immer dieselben. Während die armen Länder bzw. ihre unteren Klassen wollten, dass sie selbst der erste Nutznießer bei der Entwicklung der Ressourcen ihres Landes sein sollten, waren die USA der Meinung, die „ersten Nutznießer“ sollten die US-amerikanischen Investoren sein, wobei die Bevölkerung der anderen Länder ihrer dienenden Funktion nachkommen müsse. „Während des Zeitraums 1950-1963 betrug der Nettokapitalabfluss von amerikanischen Firmen in Übersee zurück in die USA 17,4 Milliarden Dollar. Der Nettokapitalabfluss von amerikanischen Firmen, deren Hauptsitz in lateinamerikanischen Ländern lag, belief sich in den Jahren 1951-1961 auf vier Milliarden Dollar. Mit anderen Worten, die amerikanischen Privatinvestitionen in den unterentwickelten Ländern im allgemeinen und in Lateinamerika im besonderen wirkten als Saugpumpen“, die der Wirtschaft dieser Länder die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten entzogen. ¹⁵

Können nun all diese dargestellten Phänomene unter dem Begriff „Kalter Krieg“ subsumiert werden? Ist damit irgendetwas von dem beschrieben, worum es ging? Horowitz meinte seinerzeit, „daß die globale Natur des Konflikts den Widerstreit wirklich weltumspannender Kräfte reflektiert und nicht bloß die fehlgeleiteten und unbezähmbaren Kreuzfahrererinstinkte führender Politiker und Staatsmänner beider Seiten. Schon als die Truman-Doktrin verkündet wurde, befaßte sie sich mit tiefergehenden und

weltweiter verwurzelten Fragen als den Bedingungen der Nachkriegs-Friedensregelung in Europa oder dem Machtkonflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. [...] Deshalb ist es, sogar bei einer Bestandsaufnahme der frühen Periode des Kalten Krieges klar, daß das globale Ausmaß des Konflikts das Ergebnis eines wirklich weltumspannenden Phänomens war: die Ausdehnung der Revolution auf die gegenwärtige weltweite soziale Entwicklung und die Entscheidung der USA, die Rolle der herrschenden kapitalistischen Weltmacht zu übernehmen“. ¹⁶ – Ist dies nicht schlüssig? Und sollte man sich daher nicht eingestehen, dass der Begriff „Kalter Krieg“ mehr verschleiert als klärt?

Sowjetische Machtpolitik?

Man könnte gegen die bisherige Darstellung einwenden, dass die Politik der Sowjetunion als Machtpolitik ausgeblendet worden sei. Nun hat die Sowjetunion zwar weder den Vietnamkrieg begonnen oder geführt noch den Koreakrieg, noch irgendwo geputscht (es sei denn, man lastet die Machtübernahme der KP in der Tschechoslowakei im Jahr 1948 der Sowjetunion an). Aber hat sie nicht in osteuropäischen Ländern gewaltsam interveniert? In Berlin 1953, in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968? War nicht die Einschränkung von bürgerlichen Freiheitsrechten und manche Herrschaftswillkür verschiedener (durchaus unterschiedlicher) Staatsapparate im Bereich des Warschauer Pakts ein gravierendes Hemmnis für eine befreite Entwicklung der betroffenen Länder und ihrer Werktätigen?

Nun, dies kann man spätestens nach 1989 nicht gut bestreiten, zumal es auch solche interventionistische Politik war, die dazu beitrug, dass sich viele Menschen in diesen Ländern von dieser Befreiungsmacht gegen den Hitlerfaschismus abwandten. Dennoch ist auch in dieser Hinsicht Vorsicht geboten. Die soziale Absicherung und der soziale Status der werktätigen Bevölkerung im realsozialistischen Lager hatten in mancher Hinsicht durchaus eine Qualität, die sich sogar an der Peripherie als Waffe gegen den Kapitalismus bzw. seine imperialen Möglichkeiten bemerkbar machte. So schrieb der *Economist* am 4. Juni 1960 die Türkei betreffend: „Die wirkliche Bedrohung liegt in der Tatsache, dass die türkischsprechenden sowjetischen Bürger auf der anderen Seite der Grenze einen Lebensstandard besitzen, der fast doppelt so hoch ist wie der der meisten



Demonstration für den vollständigen Abzug der US-Truppen aus Indochina am 3. April 1971 in Düsseldorf.

anatolischen Bauern. Während wiederum die große Mehrheit der Türken in der Türkei Analphabeten sind und eine höhere Bildung (trotz amerikanischer Bemühungen) äußerst spärlich anzutreffen ist, gibt es unter den sowjetischen Türken nur wenige oder gar keine Analphabeten, und ihre höhere Bildung macht erstaunlich schnelle Fortschritte. Darüber hinaus stehen in Turkmenistan Kapitalbeteiligungen an landwirtschaftlichen Projekten inmitten einer immer rascher verlaufenden industriellen Entwicklung an oberster Stelle.¹⁷

Allerdings ist auch einzuräumen, dass die sowjetische Außenpolitik vor allem ab Mitte der 1960er Jahre, also in der später so bezeichneten „Stagnationsperiode“ nach dem Führungswechsel von Chruschtschow zu Breschnew, in der Dritten Welt zunehmend als eigenständiger Machtfaktor insbesondere gegenüber den USA aufzutreten versuchte – durch Militärhilfe, geheimdienstliche Einmischung und politischen Druck. Dies führte insbesondere gegenüber dem kommunistischen Konkurrenten China zu dessen überzogenem Vorwurf des „Sozialimperialismus“, zugleich zur aussichtslosen Überschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten, was schließlich zum inneren Zusammenbruch beitrug. Allerdings wird selbst von westlichen Forschern bestritten, dass die Sowjetunion dabei einem imperialen strategischen Plan gegen den US-Einfluss folgte. Eher handelte es sich um

fallweise Akte der politischen Solidarität, die in der Folge für eigene Interessen genutzt wurden.¹⁸

Der erhobene westliche Zeigefinger aber, der mit den Zahlen 1953, 1956 und 1968 auf das „Reich des Bösen“ im Osten zeigt, unterschlägt üblicherweise nicht nur die oben dargestellte weltweite Unterdrückungs- und Interventionspolitik der westlichen Führungsmacht und ihrer Verbündeten, sondern auch jene in Europa nach 1945, gegen die die sowjetische Absicherung ihres in Jalta vereinbarten Einflussgebietes, insbesondere was die Opfer betrifft, sicherlich nicht herankommt. Die Intervention Großbritanniens und der USA in Griechenland produzierte zehntausende Tote und hunderttausende Flüchtlinge, verwüstete Landstriche und verursachte Straflager samt Folter (und es waren auch die USA, die 1967 den Faschistenputsch mit tausenden Opfern mitinitiierten und das griechische Obristenregime unterstützten; ist es abwegig zu fragen, wie viele Opfer es im Vergleich dazu ein Jahr später in der Tschechoslowakei gab, ohne diese Intervention gutzuheißen?); und es waren die USA, die das faschistische und kolonialistische Salazar-Regime in Portugal bis 1974 stützten. Oder Spanien: Von 1946 bis 1961 erhielt Franco-Spanien US-Wirtschaftshilfe von einer Milliarde Dollar. *Amnesty International* berichtete 1963 von diesem Land der europäischen Werte: „In Spanien kann man von persönlicher Freiheit nicht spre-

chen, sondern nur von Verfolgung [...]. Spanien [ist] ein Polizeistaat in jeder Hinsicht.“¹⁹ Von all dem sehen die medialen Verteidiger der „westlichen Freiheit“ großzügig ab.

Nach 1989 hieß es zunächst: „Schwamm drüber!“ – Die Erzählung vom Kalten Krieg war vorbei, die Sowjetunion niedergedrungen, zerfallen bzw. zusammengebrochen, die dominierenden Medien verbreiteten Storys vom „Ende der Geschichte“ und vom „Sieg des Kapitalismus“. Nur wenige machten sich in der Folge kundig und stellten fest, dass sich während des Sieges des Kapitalismus das Bruttonationalprodukt Russlands von 1989 bis 1998 nahezu halbierte, die Armut der Bevölkerung in diesem Zeitraum ein Massenphänomen wurde, die Lebenserwartung insbesondere der Männer drastisch sank (von 63,9 Jahren 1986 auf 57,5 Jahre 1994) und erst ab Ende des Jahrhunderts wieder anstieg. Russland lag am Boden und wurde von eigenen Glücksrittern ebenso geplündert wie von ausländischen Hyänen.

Ist dies nun mit der eingangs geschilderten Ausgangsposition nach 1945 vergleichbar? Vielleicht insofern, als es auf die vergleichbare Absurdität hinweist, dass justament dieses Land nun („wieder“) expansiv Europa und „die Welt“ bedrohen sollte. Nachdem der Abwärtstrend seit dem Amtsantritt Putins gestoppt werden konnte, die Armut wesentlich reduziert wurde und das Bruttonationalprodukt den Vorzustand bald wieder erreicht hatte, musste letztlich als Hauptargument herhalten, dass es mit einer Halbinsel wiedervereinigt wurde, von der ein US-Senator vor einigen Jahren feststellte, die Krim habe länger zu Russland gehört als die Vereinigten Staaten existierten.

Aggression als Konstante des US-Imperiums

Äußerlich ruhte der weltweite US-Interventionismus eine kurze Zeit lang (oder wurde, wie im Falle Noriegas und Panamas als „Drogenkrieg“ etikettiert), während er hauptsächlich ökonomisch weiterging, bis nach der Bombardierung Serbiens ab „9/11“ (2001) unter dem Titel „War on Terror“ eine neue Kriegsrunde eingeläutet wurde. Diese stieß aber statt auf linke Befreiungsbewegungen oder progressive Regierungen hauptsächlich auf unbotmäßige Machtklüngel diverser Länder. Der Sozialismus bzw. Kommunismus hatte weltweit auf längere Zeit entscheidend an Ansehen eingebüßt. Ideologisch passte dazu

gut das Ende der 1990er Jahre erschiene-
ne „Schwarzbuch des Kommunismus“.

Darüber hinaus scheint in den armen
Ländern seither jedenfalls nichts mit
dem Aufbruch der 1950er bis 1970er
Jahre vergleichbar Revolutionäres vor-
handen zu sein. Das zeitweise Auf-
flackern linker oder sozialistischer Be-
wegungen in Lateinamerika wird seit da-
mals immer wieder zurückgeworfen,
möglicherweise auch, weil diese ihr
Hauptaugenmerk auf Wahlen richten.
Bei Einmischungen gegen progressive
Wahlergebnisse oder die Umsetzung so-
zialer Regierungsprogramme sind die
US-Profis mit Blockaden, reaktionären
Mobilisierungen oder Putschen schnell
bei der Hand und geübt. Besonders
schlimm aber scheint mir zu sein, dass
vor allem in Afrika und Asien durch die
Niederlagen der antiimperialistischen
Bewegungen und Staatsmodelle beson-
ders reaktionäre Bewegungen Ober-
wasser erhielten, die fundamentalistisch-
religiös dominiert sind.

Der deutsche Schriftsteller und Journal-
ist Dietmar Dath diagnostizierte in
einem Artikel zum 70. Geburtstag Sal-
man Rushdies, dass mit dem Erscheinen
der Satanischen Verse „diejenige Reli-
gion, die darin nur ein Beispiel für die
allgemeine Neigung der Menschen sein
sollte, sich ihre Vergangenheit zurecht-
zubiegen und so die bessere Zukunft ab-
zuschneiden, gerade den antiimperialis-
tischen Marxismus als das Gedanken-
system ablöste, dem sich Staaten, Stäm-
me und Einzelne verschrieben, wenn sie
sich vom Westen und Norden nicht mehr
sagen lassen wollten, wie Moderne
geht“.²⁰ Seit der „Islamischen Revoluti-
on“ im Iran (1979) haben sich die Ver-
fechter von Gottesstaaten bzw. eines
islamischen Gottesstaats darüber hinaus
nicht nur in Bosnien breit gemacht, son-
dern versuchen dies auch in anderen
europäischen Ländern. Jedenfalls scheint
sowohl in den industrialisierten, als auch
in den armen Ländern des Südens nahe-
zu alle Kraft verloren gegangen zu sein,
die auf eine friedliche und soziale Zu-
kunft auf diesem Planeten abzielt. Gibt es
noch viele SozialistInnen oder Kommuni-
stInnen, denen eine mit den Jahrzehnten
nach dem Zweiten Weltkrieg verge-
gleichbare Zukunftszuversicht eigen ist?

Der weltweite Krieg, der vom west-
lichen Imperium heute geführt wird, ist
noch weniger „kalt“ als der vorige. Es
steht ihm keine Sowjetunion gegenüber,
sondern ein erheblich schwächeres und
durch den dort durchgesetzten Kapitalis-
mus fragileres Russland, dessen einzig



Aktion der Kommunistischen Jugend Österreichs am Wiener Stephansplatz im März 1981, bei der ein beidseitig gestaltetes „Denkmal“ für den US-Präsidenten Ronald Reagan enthüllt wurde.

verbliebenes Faustpfand das Atom-
waffenarsenal zu sein scheint. Allerdings
ist inzwischen auch ein ziemlich anderes
China als jenes der 1950er bis 1970er
Jahre entstanden, in dem zwar nach wie
vor eine Kommunistische Partei die Poli-
tik dominiert, das aber – was die interna-
tionale Friedenspolitik betrifft – noch
schwer kalkulierbar ist und dem imperia-
le Ambitionen nicht abgesprochen wer-
den können, auch wenn sie derzeit ver-
gleichsweise marginal scheinen. Hinzu
kommt, dass das US-Imperium innerlich
bei weitem instabiler geworden ist als es
noch vor mehr als einem halben Jahrhun-
dert strahlte. Wenn daher heute von
einem „neuen Kalten Krieg“ gesprochen
wird, dann handelt es sich in aller Regel
eher um eine Vernebelung der Vorgänge,
eine Verengung auf europäische Sicht-
weisen und – wie schon beim alten – um
eine Bagatellisierung der aggressiven
Politik des US-Imperiums.

Vor mehr als einem Jahrhundert, mit-
ten im Ersten Weltkrieg, schrieb Rosa
Luxemburg: „Friedrich Engels sagte ein-
mal: die bürgerliche Gesellschaft steht
vor einem Dilemma: entweder Übergang
zum Sozialismus oder Rückfall in die
Barbarei.“²¹ Sind wir heute der Barbarei
nicht näher als vor einem halben Jahr-
hundert?

Anmerkungen:

1/ David Horowitz: *Kalter Krieg. Hintergründe
der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam*, 2
Bände. Berlin 1969.

2/ David Horowitz (Hg.): *Strategien der Konter-
revolution. Westliche Eindämmungspolitik 1917
bis Vietnam*. Darmstadt 1969.

3/ Zit. in: Horowitz: *Kalter Krieg*, Bd. 2, S. 43.

4/ Zit. in: Horowitz (Hg.): *Strategien*, S. 14 und 18.

5/ Horowitz: *Kalter Krieg*, Bd. 2, S. 62.

6/ <https://de.wikipedia.org/wiki/Dekolonisation>
[10.11.2020].

7/ Zit. in Horowitz: *Kalter Krieg*, Bd. 1, S. 198.

8/ Ebd., Bd. 2, S. 186.

9/ Ebd., Bd. 1, S. 183.

10/ Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme*.
München 2003, S. 436.

11/ Noam Chomsky: *Wirtschaft und Gewalt.
Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung*,
München 1995, S. 123.

12/ Hobsbawm, Eric: *Das Zeitalter der Extreme*.
München 1994, S. 439.

13/ Zit. nach: Horowitz: *Kalter Krieg*, Bd. 1, S. 191.

14/ [https://www.whitehouse.gov/the_press_offi-
ce/Remarks-by-the-President-at-Cairo-Universi-
ty-6-04-09](https://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-at-Cairo-University-6-04-09) [1.11.2020].

15/ Horowitz: *Kalter Krieg*, Bd. 1, S. 217.

16/ Horowitz (Hg.): *Strategien*, S. 13.

17/ Horowitz: *Kalter Krieg*, Bd. 1, S.180.

18/ Z.B.: Radoslav Jordanov: *Addis Abeba
1977. Brüderliche Militärhilfe und globale mi-
litärische Strategie*, in: Andreas Hilger (Hg.): *Die
Sowjetunion und die Dritte Welt (1945–1991)*.
Berlin 2009, S. 239–258.

19/ Horowitz: *Kalter Krieg*, Bd. 1, S. 181.

20/ [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bue-
cher/autoren/salman-rushdie-zum-70-selig-
sind-die-luegner-15066495.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bue-
cher/autoren/salman-rushdie-zum-70-selig-
sind-die-luegner-15066495.html) [1.11.2020].

21/ Rosa Luxemburg: *Die Krise der Sozial-
demokratie (Junius-Broschüre)*, in: *Politische
Schriften*, Bd. 2. Frankfurt/M., Wien 1966, S. 31.